

Wirtschaftsförderung ist das größte Sorgenkind

KOMMUNALWAHL Ratskandidaten diskutierten über Unternehmensansiedlung und Tourismus, über Straßen und Wohngebiete

Wilhelmshaven braucht dringend mehr Arbeitsplätze. Das sahen alle Teilnehmer an der Podiumsdiskussion in der VHS so. Wie das erreicht werden soll, wurde kontrovers diskutiert.

VON KRISTIN HILBINGER

WILHELMSHAVEN – In einem waren sich alle Teilnehmer an der dritten Podiumsdiskussion von Volkshochschule, „Wilhelmshavener Zeitung“ und „Radio Jade“ zur anstehenden Kommunalwahl einig: Die Wirtschaft in Wilhelmshaven muss deutlich mehr gefördert werden. „Seit die Wirtschaftsförderung zur Chefsache erklärt wurde, ist nichts mehr passiert“, sagte Udo Striess-Grubert (Freie Wähler), und Alexander von Fintel (Grüne) findet: „Herr Wagner kann Wirtschaft nicht.“

Immer wieder habe er in seiner Zeit als Ratsherr in Sande erlebt, dass Unternehmen sich dort angesiedelt haben, weil ihnen in Wilhelmshaven die bürokratischen Hürden zu hoch und die Wartezeiten auf eine Baugenehmigung zu lang waren.

Frank Uwe Walpurgis (UWG) plädierte dafür, es Unternehmen schmackhaft zu machen, sich in Wilhelmshaven anzusiedeln – unter anderem durch die Senkung der



Rund 140 Bürger folgten der Diskussion von (von links) Dr. Michael von Teichman (FDP), Sven Ziegler (Die Partei), Moderator Gerd Abeltdt (WZ), Udo

Striess-Grubert (Freie Wähler), Howard Jacques (SPD), Stephan Becker (verdeckt, WBV), Lothar Heijungs (Basu), Moderator Michael Konken und Ste-

phan Hellwig (CDU). Ebenfalls dabei waren Claus Westerman (Einzelbewerber), Frank Uwe Walpurgis (UWG) und Alexander von Fintel (Grüne). WZ-FOTO: LÜBBE

Gewerbesteuer. Diese Forderung unterstützt auch Dr. Michael von Teichman (FDP). Die Mehrheitsgruppe aus CDU und SPD habe in den vergangenen fünf Jahren dafür gesorgt, dass Eiszeit zwischen Wilhelmshaven und Friesland herrsche. In Sachen Wirtschaftsförderung sei aber die enge Zusammenarbeit der Kommunen und der Wirtschaft gefragt.

Stefan Becker (WBV) sieht das Rezept zum Erfolg darin, viel mehr außerhalb von Wilhelmshaven für die Vorzüge der Stadt als Gewerbestandort zu werben. Aber auch die Unternehmer vor Ort müssten besser unterstützt werden.

Das gelte insbesondere auch für kleine und Kleinunternehmen betonte Sven Ziegler (Die Partei) und wurde mit



dieser Ansicht von einem Betreiber eines Fischstandes am Südstrand bestätigt. Er klagte über bürokratische Hürden, weswegen er Wilhelmshaven beinahe verlassen hätte.

Stephan Hellwig (CDU) lobte die Schulsanierung in den vergangenen Jahren als „Wirtschaftsförderung pur“. Howard Jacques (SPD) will die Hafenvirtschaft weiter gestärkt sehen. Die Basu und die WBV wollen einen Citymanager einstellen, der sich um den Leerstand in der Innenstadt kümmern soll.

Nächstes Streitthema am Mittwochabend war das Thema Baugelände Potenburg bzw. Erweiterung der Friedenstraße. Sowohl Claus Westerman (Einzelbewerber) als auch Michael von Teichman und Lothar Heijungs (Basu) sprachen sich gegen das Wohngebiet und gegen die neue Straße

aus. „In der Stadt stehen 4000 Wohnungen leer. Da sollte man kein weiteres Neubaugebiet anbieten“, sagte Westerman. Hellwig hielt dagegen, dass man Bürger, die in einem eigenen Haus wohnen möchten, nicht gegen ihren Willen „in Wohnungen pressen“ könne.

Bestehendes sollte gepflegt werden, statt Neues zu bauen, so Basu und Freie Wähler in Bezug auf die Neue Friedenstraße. Die WBV möchte am liebsten die Bürger nach ihrer Meinung fragen.

Das dritte Thema des Abends war der Tourismus in Wilhelmshaven. Da die Stadt in der Vergangenheit bereits

viele Industriebetriebe verloren hat, will die SPD laut Howard Jacques verstärkt auch auf den Tourismus setzen. Stefan Becker wurde da konkreter. Er schlägt vor, eine Tourismusabgabe einzuführen, die wiederum dem Tourismus zu Gute kommen soll. An der Wiesbadenbrücke könne ein Museumshafen, am Planschbecken ein Sandstrand und auf dem Banter See eine Wasserskianlage entstehen.

Von Teichman fordert seit Jahren ein Tourismusprogramm (ein solches soll in Kürze vorgestellt werden). Alexander von Fintel setzt auf Barrierefreiheit und Klimafreundlichkeit, „um ein Alleinstellungsmerkmal zu haben“. Also zum Beispiel attraktiver zu werden für Reisende mit Bahn, Bus und Fahrrad.

Udo Striess-Grubert möchte, dass die Stadt maritimer wird – dass zum Beispiel mehr Schiffe im Hafen liegen. Außerdem müsse man auch Campingplätze anbieten und kinderfreundlicher werden.

Nach ihrer Meinung zum geplanten Outletcenter an der Virchow-/Ecke Ebertstraße gefragt, äußerten sich die Kandidaten mit Ausnahme von WBV und CDU skeptisch, dass das Vorhaben tatsächlich realisiert wird.

„Die Linke“ konnte aus Zeitgründen nicht an der Podiumsdiskussion teilnehmen, die AfD wollte es nicht.